

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Kernsprecher Nr. 53.

Kernsprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage, Feiertage und Festtage. Als Beilage des St. Quirinusblattes. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 3311 41800.



Angaben finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4-spaltige Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 145

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staaß.

Montag, 27. Juni 1921 (Labilsaus)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Dortmund, 26. Juni. Heute vormittag 10 Uhr führte das Luftfahrzeug D 18 der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft auf dem Flug von Dortmund nach Braunschweig in der Nähe der Gartenstadt ab. Der Führer und sein Begleiter wurden schwer verletzt. Das Flugzeug ist gesunken.

Berlin, 27. Juni. Der Berliner Lehrer-Gesangsverein erhielt eine Einladung zu einer Konzertreise nach Nordamerika. Die Vorbereitungen sind im Gange.

Prag, 26. Juni. Das Prager Tagblatt meldet aus Pilsen, daß in der Nähe der Stadt ein Schlepper mit 65 Waggons Weizen gesunken und die Beladung von sechs Mann ertrunken ist.

Brüssel, 24. Juni. Wie die Nation belge meldet, hat der amerikanische Senat zu Washington den durch die Kammer bereits angenommenen Gesetzentwurf bestätigt, nachdem die amerikanische Rheinarmee vom 1. Oktober ab nur noch 150 000 Mann betragen soll. 50 000 Mann werden bis dahin entlassen sein.

Paris, 26. Juni. Die New York Herald aus Washington meldet, daß in einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses das Marinebudget in Höhe von 417 Millionen Dollar angenommen worden. Das nunmehr erledigte Flottenbudget sieht eine Mannschafstärke von 106 000 Mann vor. Der Entwurfsantrag wurde nicht besprochen.

Das ewige Problem.

Berlin, 26. Juni. Laut Deutscher Allgemeine Zeitung sind in den den Reichstag schon zugewandten Nachtragsetats für die Ausführung des Friedensvertrages 8 Milliarden Mark für die Befugnisleistungen eingeplant. Aber auch diese Summe hat sich nachträglich als zu gering herausgestellt und eine Nachtragsschuld von 540 Millionen Mark notwendig gemacht. Davon entfallen ungefähr 50 Millionen Mark auf allgemeine Ausgaben, Kasernenvermehrungen, Flugplätze, Schiffe usw. u. v. Für Offizierswohnungen, nicht einrichtungsunfähig sind 200 Millionen Mark eingeplant worden. Von den zu errichtenden 3900 Offizierswohnungen haben die bisher ausgeführten 2600 Bauten 800 Millionen Mark gekostet, zusätzlich 145 Millionen Mark für die Einquartierung. Da aber trotzdem die durch Einquartierung schwer belasteten Gemeinden auf Abhilfe drängen, sollen außer den 3900 noch weitere 600 Wohnungen in diesem Jahre geschaffen werden. Trotz Ausfüllung der Bauten aber werden von den Befugnisbehörden Schulen, Fremdenheime, Schulen und private Räumlichkeiten, insbesondere zu Unterkunftswohnungen, beschlagnahmt. Um die Bevölkerung auch von diesen unrentablen Bauten zu befreien, hat es sich als notwendig erwiesen, in diesen Fällen besondere Unterkunftsplätze für die Befugnisgruppen zu schaffen und hierfür nochmals 200 Millionen Mark einzusetzen, so daß sich der Gesamtwert der Ausführung des Friedensvertrages auf 8 1/2 Milliarden Mark im Jahre 1921 belaufen wird.

Paris, 26. Juni. Der Brüsseler Sonderkorrespondent des Temps teilt mit, daß gegenwärtig von Sachverständigen der verschiedenen Regierungen die Kosten der Befugnisarmee im Rheinland geprüft werden und daß die Angelegenheit demnächst in London bei der Zusammenkunft der alliierten Finanzminister geregelt werden soll. Belgien wüßte angeblich, daß für die Befugnisleistungen eine Gesamtschuldsumme von ungefähr 250 Millionen Goldmark festgelegt werde.

Die Befugnisleistungen haben sich zu einer solchen Höhe ausgewachsen, daß sie als schwere Last auf dem deutschen Wiederaufbau liegen. Es kann auf die Dauer nicht anhalten, daß diese Frage unbestimmt bleibt. Wenn die gegnerischen Mächte auf Deutschlands guten Willen, sich ins Unabwendbare, bei allen moralischen Vorbehalten, zu fügen und zu zahlen, rechnen, so muß verlangt werden, daß sie alle Möglichkeiten der Erleichterung ernstlich ins Auge fassen. Jedenfalls haben die beteiligten Staaten selbst ein Interesse, zu verstehen, daß die hohe Befugnisleistung im Rheinland nicht den Mobilisationsverhältnissen im Elsaß-Lothringen zu nichts weitere als zur Manifestation der „Gerecht vor dem toten Adversus“ werden.

Eupen und Malmédy.

Brüssel, 25. Juni. Der Soir berichtet von einer Untersuchung zu Malmédy, die auf Befehl des Generals Balthus angeordnet worden ist wegen Verletzung der Einwohnerverpflichtung durch belgische Truppen, die bei einem Auszug nach Malmédy sich in großen Beschimpfungen gegen das deutsche Volk begangen hätten. Der Untersuchungsminister hat darauf Geheime und Inspektoren angewiesen, solchen Vorkommnissen ein besonderes Augenmerk zuwenden und diese einerseits zu verhindern und andererseits die Belgier und besonders die Jugend darüber aufzuklären, in den Wallonen nicht gegenwärtige Deutsche, sondern zurückgekehrte Landesleute zu erblicken.

Oberschlesien: Keine Besserung. — Die Irlandfrage.

Hilferuf.

Gleititz, 26. Juni. Die Gleititzer Stadtvorordnetenversammlung hat eine Entschließung, in der es heißt: „Noch immer sind die ober-schlesischen Städte von allem Personen- und Güterverkehr abgeschnitten. Sonst sind Tausende von Arbeitern beschäftigungslos. Die Gefahr einer völligen Arbeitslosigkeit rückt in die nächste Nähe. Erneut fordert daher die Stadtvorordnetenversammlung dringend, mit allen Mitteln die Säuberung Oberschlesiens durchzuführen.“

Die Macht der J. A. R.

Die „Oberschlesische Volksstimme“ ist nunmehr seit 8 Tagen am Erscheinen verhindert, ohne daß die französische Besatzung es für nötig gefunden hätte, den Schuldwechsel für das Verbot zu führen. Angeblich ist das Verbot wegen Verbreitung ungesetzlicher Exemplare erfolgt. Für verschiedene Wortführungen, darunter des Magistrats und der Stadtvorordneten, die sich zu den französischen Behörden begaben und um Vorlegung der angeblich beschlagnahmten ungesetzhellen Exemplare baten, wurde die Vorlegung verweigert. Es muß angenommen werden, daß die französischen Behörden ungesetzhellen Exemplare der Volksstimme überhaupt nicht besitzen und nur einen Vorwand suchten, um das ihnen unangenehme Organ mundtot zu machen. Demgegenüber können die polnischen Mächte umgekehrt ihre Verträge gegen die Zensurverordnungen verletzen.

Diese partielle Haltung der Franzosen stimmt ganz überein mit ihrem sonstigen Verhalten gegenüber den polnischen Insurgenten. Am Sonnabend, 18. Juni, wurde der polnische Stadtvorordnete Kaschke beerdigt. Am dem Totenruhm beizugehen, wurden 150 Insurgenten mit Gewehren. Sie wurden von französischen Militärposten begleitet, unter dem Vorwand der ganzen Bevölkerung der deutschen Stadt Gleititz.

Die wenigen Zivilisten, die den Entengang bezeugen können, werden von der internationalen Untersuchungskommission darauf aufmerksam gemacht, daß sie einen Insurgentenausweis haben müssen! Also die Polizei gibt den ordnungstreuenden Bürgern ein, sich an das Polizeibüro der Verbrecher zu wenden. Und behauptet noch, wenn diese sich ihrer Haut wehren! Alles in schönster Ordnung!

Die maßgebende Kommission.

Wie die A. Z. berichtet, nimmt die Spannung zwischen den Polen und den englischen und italienischen Befugnisgruppen zu. Zusammenstöße sind an der Tagesordnung. In Ples und Mhbit können sich die Italiener nur noch mit Bewilligung der Aufrechter frei bewegen. Selbst der italienische Kreisinspektor muß jede Autofahrt den Aufrehtern vorher anzeigen. Von Gleititz aus wird ein Flugblatt von dem polnischen Befugnis der Oberschlesischen Post, d. d. Kaniatowski, unterzeichnet, verbreitet, worin den Engländern empfohlen wird, schleunigst aus dem Industriegebiet zu verschwinden, da die Aufrehter die Italiener und Engländer in die Mitte nehmen und entwerfen würden. Das Flugblatt behauptet, daß dieser Plan die Prüfung und Verurteilung des französischen Kommandierenden Generals Gratier gefunden habe, was selbstverständlich eine Unwahrheit ist, aber doch zeigt, wie anmaßend sich die Aufrehter der französischen Unterwerfung rühmen und bis zu welchem Grade der Unverschämtheit sie sich durch das Verhalten der Franzosen ermutigt fühlen.

Polnische Ueberläufer berichten, daß in der Gegend von Hindenburg noch jetzt einig am der Aufstellung einer polnischen Schwadron, einer Ersatzschwadron und dreier Infanteriekompanien gearbeitet wird. Die Verbände bestehen überwiegend aus angeworbenen ober-schlesischen Arbeitslosen, doch wird peinlich darauf gehalten, daß sie in bestimmten Prozentsatz wie geübten und kompromittierten aktiven Soldaten durchsetzt sind. Die Polen erklären überall, es sei ganz ausgeschlossen, daß Polen die Aufgabe der von den Aufrehtern besetzten Teile Oberschlesiens an Deutschland jemals ohne Krieg denken werde.

Der preussische Gesandte in München.

Berlin, 26. Juni. Der bisherige Landrat des Kreises Limburg, Karl Schellen, ist zum Gesandten in München ernannt worden. Der neue Gesandte ist ein Sohn des in Köln verstorbenen Königl. Baurats Schellen.

Graf Hagfeldt Reichskommissar?

Die Berliner Blätter melden, soll zum Nachfolger des von seinem Amte zurückgetretenen Reichskommissars für die besetzten Gebiete, des Herrn von Starck, nunmehr der schon mehrmals für dieses Amt genannte bisherige Abteilungsleiter

minister für Oberschlesien, Graf Hagfeldt, bestimmt sein. Auch die Cologne Post verzeichnet diese Nachricht, für die eine Bestätigung noch nicht vorliegt.

Die Reparationszahlungen.

Paris, 26. Juni. Der Wiederherstellungsausschuss hat, um Störungen zu vermeiden, beschlossen, versuchsweise für den Monat Juni zu gestatten, daß die deutschen Zahlungen nicht mehr in Dollar, sondern in europäischen Goldmarken angesetzt werden. Diese Entscheidung konnte getroffen werden, da die betreffenden alliierten Mächte das Kurstulso übernommen haben, das mit den vorgesehenen Zahlungen in deren Währung verbunden ist.

Das Wiederaufbauprogramm.

Berlin, 26. Juni. In der nächsten Woche sollen neue Besprechungen über das Wiederaufbauprogramm stattfinden. Am Dienstag, den 28. Juni, werden in Paris Staatssekretär Bergmann und Kommerzienrat Guggenheimer als Vertreter Deutschlands mit den französischen Sachverständigen zusammenkommen. Am Freitag, desselben Woche finden in Paris weitere Verhandlungen statt, die sich auf die Lieferung von Vieh auf Grund von § 2, Abs. 4, des Friedensvertrages beziehen.

Noch kein Abbau der Sanktionen.

Paris, 26. Juni. Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten nahm unter dem Vorsitz des früheren Ministerpräsidenten Lehgues Erklärungen von Briand entgegen über die Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland, über die Maßnahmen gegen die Unverschämten Deutscher für Oberschlesien und über die Entwaffnung Deutschlands. Briand machte bei seinen Erklärungen über die Zwangsmaßnahmen im Rheinland folgende Interessen und auch sonderbaren Witterungen über das Verhältnis der französischen zur deutschen Regierung. Er sagte, das Kabinett Wirth sei dasjenige, das bis jetzt am meisten geneigt sei, für eine entsprechende Zusammenarbeit mit Frankreich zu wirken, und Reichskanzler Wirth sei nach der Ansicht Briands einer der bedeutendsten Köpfe des gegenwärtigen öffentlichen Lebens in Deutschland. Die Zwangsmaßnahmen seien allerdings hart, sie könnten aber vor der Hand nicht geändert werden. Damit wollte Briand offenbar sagen, daß die französische Regierung dem englischen Wunsch auf eine Abschwächung der Zwangsmaßnahmen sich widersetzt.

Elatsfragen im Hauptauschuß.

Berlin, 26. Juni. Der Hauptauschuß des Reichstages setzte heute die Beratung der verschiedenen Nachtragsetats fort. Zunächst wurden die Nachforderungen des Wiederaufbauministeriums genehmigt, ebenso der Nachtragsetat des Reichsarbeitsministeriums. Bei der Beratung dieses Elats wurde eine Entschließung angenommen, wonach 500 000 M. zur Förderung der Errichtung von Heimstätten und zur Unterstützung der Bauangelegenheiten auszuweisen werden sollen. Genehmigt wurden ferner die Nachforderungen des Reichsverkehrsministeriums. Hier wurde ein Antrag angenommen, die Regierung um Beschleunigung der Arbeiten für den Großschiffahrtsweg vom Ruhrgebiet nach den Nordseehäfen Bremen und Hamburg zu ersuchen und eine Denkschrift hierüber vorzulegen.

Das Finanzelend.

Berlin, 26. Juni. Das Reich vereinnahmt in der zweiten Jahreshälfte an Steuern, Zöllen, Abgaben und Gebühren 1000,86 Millionen Mark. Die Ausgaben betragen sich 3991,48 Millionen Mark. Die Betriebsverwaltungen haben zur Abfertigung gebracht 73,198 Millionen Mark, und zwar die Reichspostverwaltung 93,85 Millionen Mark, während die Reichseisenbahnverwaltung noch einen Aufschuß von 20,649 Millionen Mark erfordert. Zum Ausgleich war die Aufnahme neuer schwedischer Schuld an Beträge von 2987 Millionen Mark erforderlich. Die schwedische Schuld beläuft sich nunmehr auf 180 193,66 Millionen Mark.

Griechenland schert sich nicht dran.

Athen, 26. Juni. In Beantwortung des Schrittes der Alliierten vom 21. Juni erklärt die griechische Regierung, nachdem sie ihrem Dank für das Anerkennen der Alliierten Ausdruck gegeben hat, die Lage sei derart, daß nur die militärischen Interessen ihre Haltung bei ihren Entscheidungen zu bestimmen vermöchten.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Athen reisen Theodoris und Sunaris beide nach Smyrna zurück.

Nach einer Meldung des Temps aus Angora ist Jamed Pascha zum Oberbefehlshaber der semalischen Streitkräfte in Kleinasien ernannt worden.

den. Gleichzeitig soll die Mobilisationsorder für drei Jahresklassen ergangen sein.

Paris, 26. Juni. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Athen reisen Theodoris und Sunaris beide nach Smyrna zurück.

Griede zwischen England und Irland?

London, 26. Juni. Lloyd George hat an den Präsidenten der irischen Republik de Valera ein Schreiben gerichtet, in dem de Valera und seine Parteigenossen unter Gewährung freier Geleits eingeladen werden, nach London zu kommen, um dort mit dem Premierminister von Nordirland, Sir James Craig, jede Möglichkeit einer Lösung der irischen Frage zu prüfen. Das Schreiben sagt hinzu, die britische Regierung sei von dem heißen Wunsch besetzt, den vererblichen Streit zu beenden, der jahrhundertlang die Beziehungen zwischen den beiden Ländern England und Irland verbittert, zwei Ländern, die in nachbarlicher Harmonie leben sollten, und deren Zusammenarbeiten so bedeutungsvoll sein würde nicht nur für das britische Reich, sondern auch für die gesamte Menschheit.

Während unausgesetzt Verstärkungen nach Irland gehen, und die Truppen in Aldershot auf Blockausfällen wie in Südafrika eingeübt werden, bietet Lloyd George mit großer Geste den irischen Republikanern noch einmal die Hand zum Frieden. Dieser Schritt wird von der Sonntagspresse zwar herzlich begrüßt und angenommen, daß de Valera nicht gut ablehnen könne, doch wird gleichzeitig betont, daß von Englands Rechten und Sicherheiten nichts geopfert werden dürfe, und halbamtlich verpfichtet, daß die Regierung auch gar nicht daran denke. Die Aussichten der kommenden Konferenz dürften daher nicht allzu hoch eingeschätzt werden. Immerhin bewirkt schon die Beteiligung der ersten Minister der Dominions an der Konferenz, daß dort ein ernstlicher Versuch der Verständigung unternommen wird.

Das Bergwerksunglück auf Mont Cenis.

Soddingen, 26. Juni. Nach der A. Z. ist der vom Reichstag eingesetzte Untersuchungsausschuß am Samstag vormittag gegen 9 Uhr in Soddingen angekommen und hat sofort seine Tätigkeit mit der Vernehmung von Zeugen begonnen. Am Nachmittag hat er bis nach 10 Uhr abends die Grube besichtigt. Am Sonntag, 10. Juni, vormittags, hat er seine Arbeit bis 2 1/2 Uhr fortgesetzt. Nach der Mittagspause wurde von ihm die Logung um 4.15 Uhr wieder begonnen.

Es hat sich bei der ganzen Untersuchung bis jetzt herausgestellt, daß man mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststellen kann, daß es sich nicht um eine Schlagwetterexplosion handelt, weder um eine reine, noch um eine gemischte. Nach der vom Betriebsausschuß gleichfalls anerkannten Mitteilung der Verwaltung war die Wetterzufuhr am Unfallort das Doppelte der vorgeschriebenen Wetterzufuhr. Es muß sich um eine reine Kohlenstaubexplosion handeln. Trotz der durch die Explosion beeinträchtigten Wetterzufuhr sind nur in sehr geringer Menge, festgestellt. Von den meisten Zeugen wurde bei den Untersuchungen durch den Betriebsrat, durch die Bergbaubehörde und durch die parlamentarische Untersuchungskommission übereinstimmend ausgesagt, daß sie einen auffallend schweren Schuß gehört hätten und daß im Anschluß daran die typischen Explosionsgeräusche, das Dröhnen, Summen und Brummen, aufgetreten seien. Demnach scheint das Unglück wahrscheinlich durch einen Sprengschuß verursacht worden zu sein, der aber nicht von den beiden Schichtmeistern abgegeben sein kann, da beide Schichtmeister nicht am Explosionsort waren. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieser verhängnisvolle Schuß, den man bisher annimmt, auch nicht von den Schichtmeistern abgegeben worden, die am Ort in dem Gestein die Erlaubnis hatten, mit Dynamit zu schießen. Eine Kohlenstaubexplosion ist nach Ansicht der Verwaltung nur durch den beim Schießen angewandten Sicherheitsprengstoff Detonit, der auf der Lehrscheibe bei Dorne ausprobiert ist, möglich.

Verwaltung wie Betriebsrat erklären ferner, daß die Verriegelungsanlage stets vollkommen in Takt gewesen sei. Eine Entzündung durch Dampf sei ausgeschlossen, denn die Belüftung sei mit elektrischen Lampen seit vorigem Jahre ausgerüstet, nur fünf Personen hätten die zur Feststellung von schlagenden Wetter nötigen Benzinsicherheitslampen gehabt. Diese fünf Lampen seien bis jetzt alle aufgefunden. Es sei festgestellt, daß diese Lampen unbeschädigt waren.

Ein neutrales Urteil in der Schuldfrage.

In einer soeben erschienenen Broschüre des Danen Chr. Reventlow wird die Schuldfrage am Weltkriege in einer Art behandelt, die Beachtung verdient.

Nach dem Urteil des Dänen führt die Unter-
tückung der Schuldfrage bis zur Teilung des Reichs
Karl's des Großen im Jahre 843. Nicht nur das
vielerörterte Spiel der Diplomaten, sondern das
Leben und die Entwicklung der europäischen Völ-
ker, das Wesen der Staaten mit ihren verschiedenen
wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhält-
nissen führten zum Weltkrieg. Rentflow berührt
insbesondere zwei Hauptlinien, die nach
seiner Meinung zum Kriege führen mußten. Zunächst
die „einzig dafestehende Entwicklung des
Deutschen Reiches.“ Mit Recht hebt er hervor, daß
die innere politische Entwicklung unseres Vaterlan-
des nicht Schritt gehalten habe mit der
wirtschaftlich-materiellen. Kriegerische Strömungen
entdeckt er in allen Ländern. Daß der deutsche
Kaiser, der Reichszkanzler Bismarckmann-Follweg,
der Minister des Auswärtigen von Jagow und der Chef
des Meeres Volke für den Frieden ge-
stimmt waren, erscheint ihm zweifellos.

Eine der wichtigsten Kriegsurkunden sieht Revolutions in dem Revanchegedurf Frankreichs, das das Geburtsjahr der französischen Revanchetheorie ist für ihn nicht 1870, sondern 1871. Erörtert werden ferner die französisch-russische Allianz, die französisch-englische Interessenpolitik in der marokkanischen und ägyptischen Frage, die Geranbildung der Entente cordiale, die allgemeinen Einkreisungsbestrebungen gegenüber Deutschland, Russlands Streben nach Konstantinopel und den Balkanellen, die Schwächung des haßburgischen Reiches durch die fremden Volkselemente, der österreichisch-serbische Gegensatz.

Wie die Kinder

nehmen sich die Volkswissen an, wenn man ihre mit großem Lantam eingeleitete Wirtschaftsumwälzung betrachtet und sieht, wie sie jetzt die „Unwälzung wieder sachie „unwälvn“. Das Drolligste ist, daß sie heute da noch mit Versuchen glauben probieren zu müssen, ob das aufgebene Alte auch flappst.

Auf dem Wöslauer Verpflegungsfestzug ver-
suchte Lenin die Versammlung von der Notwen-
digkeit zu überzeugen, die bisherige Taktik
im Zusammenhang mit der Uebergangszeit radikal
zu ändern. „Er verlangte, daß der ganze Arbeits-
apparat „auf ein neues Gleis“ im Interesse der
Bauernschaft gelenkt werde. Der Volkskommissar
für Verpflegungswesen Bruchanow betonte in sei-
nem Bericht auf die neue die Wichtigkeit der Arbeit
der Genossenchaft sowie der Privatinitia-
tive beim Warenantausch.

Die Sowjetregierung hat sich jetzt zu dem ersten Versuch entschlossen, das Privatunternehmertum in großem Stil zum Wiederaufbau heranzuziehen. Dem Ingenieur Aljutschin ist ein Auftrag erteilt worden auf die maßschonende Ausführung der Wolga-Landungsplätze im Rayon von Rybinsk und den Bau von drei Dampfmaschinen, sechs Elevatoren und gewisser Bahnanlagen. Die Sowjetregierung befaßt sich eingehend mit diesem Ereignis und weiß darauf hin, daß die Regierung 40 Prozent der für diese Gesamtanlagen ausgelegten Summen dem Ingenieur Aljutschin zur Vinstellung von Technikern, Verwaltungspersonal und Bauaussehern zur Verfügung stelle, ohne ein Kontrollrecht darüber zu beanspruchen.

Sie sind einander auf der Spur.

Die unabhängige „Freiheit“ hat sich dieser Tage über den Reingewinn der „Deutschen Bank“ aufzuhalten, der bei einem Aktienkapital von 400 Millionen 178 Millionen Mark betragen habe. Unmöglich macht der mehrheitssozialistische „Vorwärts“ eine Rechnung auf über den Gewinn der eigenen Verlagsgesellschaft der „Freiheit“: „Wenn sich der Reingewinn der Deutschen Bank bei einem Aktienkapital von 400 Millionen Mark auf 178 Millionen Mark besäße, so würde er auf Hundert 43,25 Prozent ausmachen. Vergleichen wir aber damit den durch 886 400 Mrk. Gassiumme erzielten Reingewinn von 741 872,60 Mrk., der auf 100 Mrk. Gassiumme 83,6 Prozent ausmacht.“

100

den
von

Zusatz: 20. Juni. Der einzige Nachfahre von
der beim Landgericht angestellt gewesene Sekretär

1. *Journal of Management Studies*, 1997, 34, 1, 1-14.
